

Kommunales Arbeitsprogramm der Freien Demokratischen Partei – FDP – für die Stadt Wilhelmshaven 2026 bis 2031

Inhalt

Einleitung	1
Zukunft Wilhelmshaven.....	2
Rathaus, Verwaltung, Bürgerservice.....	3
Planen und bauen.....	5
Wirtschaftsförderung.....	6
Tourismus.....	7
Weltnaturerbe.....	8
Bildung.....	9
Soziales	11
Kinder und Jugendliche	12
Kultur	13
Bürgerbeteiligung.....	15
Verkehr.....	15
Klima und Umweltschutz.....	17
Umland	19
Sport.....	20
Gesundheitssystem.....	20
Innenstadt, Zentren, Märkte	21
Sengwarden.....	22
Index	22

Einleitung

Unser Wilhelmshaven, einziger Tiefwasserhafen Deutschlands, Lebensmittelpunkt von rund 78.000 Menschen, „Grüne Stadt am Meer“, „Stadt mit allen Chancen“ muss seine Qualitäten und Potentiale deutlich besser nutzen, Probleme lösen, den Menschen eine Perspektive geben, damit junge Leute hier bleiben, Familien gründen und der Wirtschaft weiter aufhelfen.

Neben unseren vielen Chancen dürfen wir unsere Probleme nicht verschweigen – was leider in den letzten fünf Jahren vom Rat, auch von der Verwaltung durchaus geschehen ist. Als da sind:

- extrem hohe Verschuldung des städtischen Haushalts und der „Nebenhaushalte“ (GGG, TBW, Klinikum, GEW, Stadtwerke).
- die mehr oder weniger unverändert die hohe Arbeitslosigkeit,
- hohe Sozialtransfers,
- enorme Ausgaben für die Jugendhilfe.
- vom Rat getätigte Fehlentscheidungen wie eine völlig verfehlte Krankenhauspolitik, unnötige und überteuerte Bauten (Marion-Dönhoff-Schule, neue Grundschule, Fahrradbrücke, Sanierung einer abgängigen Sporthalle, Kunstrasenplatz) und
- Vorhaben, die weder sinnvoll noch finanzierbar sind: Seipel-Halle als „Indoor“-Veranstaltungshalle, „Gleispark“, Freiluftarena.

Unbeachtet ist weiterhin der geradezu dramatische demographische Wandel, der in den nächsten Jahren zu enormen Herausforderungen führen wird: Arbeitskräftemangel, Pflegeaufwand, abnehmende Kaufkraft, verminderte Innovation. Folgen: Wohnungsleerstand, Geschäftsschließungen, Verödung von Stadtteilen, insbesondere der Innenstadt.

Diese Problemfelder bedingen sich zum großen Teil gegenseitig und bedürften daher einer Gesamtstrategie, die auf mehrere Jahre geplant werden muss.

Zukunft Wilhelmshaven

Es gibt bereits diverse Planungen, teils für die gesamte Stadt, teils für bestimmte Stadtteile wie die westliche und östliche Innenstadt, Tonndeich, für Radwege, Öffentlichen Nahverkehr, Schul- und Kulturentwicklung, Tourismus. Weitere Gutachten und derlei Programme brauchen wir also nicht, können damit viel Geld sparen. Z.B. ist ein neuer Flächennutzungsplan nicht erforderlich (er soll erst 2045 fertig sein, bis dahin hat sich die Welt komplett geändert!) – wir werden diese Planung ebenso stoppen wie auch andere Beschlüsse des Rates.

Dabei sind die Chancen der Stadt enorm und müssen systematisch genutzt werden.

Unverändert und sogar zunehmend sind unsere unterschiedlichen **Häfen** von größter Wichtigkeit für die Weiterentwicklung der Stadt. Ein Ausbau des **Jade-Weser-Ports** ist ebenso notwendig wie die weitere Belebung des Innenhafens, insbesondere im Hinblick auf den **Tourismus**, der noch viel stärker als wirtschaftliches Standbein entwickelt werden muss. Der demographische Wandel muss bei allen Beschlüssen mit bedacht und berücksichtigt werden, damit es nicht zu teuren Fehlentscheidungen kommt, die in wenigen Jahren wegen mangelnder Nutzung zu eigentlich vermeidbaren Folgekosten führen.

Auf unseren Antrag soll sich die Stadt „**Wissenschaftsstadt**“ nennen. Dabei darf es nicht bleiben! Unsere bedeutenden wissenschaftlichen

Einrichtungen müssen durch die Kommune wo immer möglich unterstützt werden.

Durch eine langfristig angelegte Strategie müssen wir die übermäßig hohe Zahl an **Transferempfängern** und **Arbeitslosen** reduzieren. Dazu gehört ein optimiertes **Bildungswesen**, das die Kindergärten einschließt. Die **Verwaltung** muss grundlegend modernisiert werden, der **Rat** muss zu einem konzentriert und sachorientiert arbeitenden Gremium entwickelt werden.

Unabdingbar ist eine umfassende „Durchleuchtung“ aller **Ausgaben**, auch und gerade an die diversen **Sozialverbände** etc.

Und noch wichtiger: es müssen alle Aufgaben der Kommune im Hinblick auf eine **Privatisierung** überprüft werden. Klar ist dies bereits jetzt für: Krankenhaus, Straßenunterhaltung, Neu- und Unterhaltungsbau der städtischen Gebäude, sofern sie überhaupt noch benötigt werden.

Wir Liberalen werden hierzu – wie bisher – einen konstruktiven Beitrag leisten und darauf dringen, dass alle Maßnahmen unter dem Aspekt der Freiheit des Einzelnen, aber auch seiner Verantwortung, bewertet werden, und der privaten Initiative der Vorrang einzuräumen ist.

Wenn die genannten Maßnahmen greifen, ist es Zeit, die **Steuern** zu senken, um weitere Betriebe und Bürger in die Stadt zu bringen. Beginnen sollten wir mit der Hundesteuer, die deutlich über denen der umliegenden Städte und Kommunen liegt.

Rathaus, Verwaltung, Bürgerservice

Die Verwaltung muss schlank und effektiv aufgestellt sein, notwendige Stellennachbesetzungen müssen zügig und qualitativ erfolgreich sein. Die einzelnen Abteilungen, Referate und Dezernate müssen sich zu einer Einheit formen, die nicht an ihren Grenzen halt machen, sondern sich als Teil einer **Gesamtstrategie** fühlen und auf die Erreichung von gemeinsamen Zielen hinarbeiten. Diese Zielvorgaben muss der Rat entwickeln, beschließen und kontrollieren.

Verwaltung muss in allen Teilen dem Bürger dienen, nicht umgekehrt.

Eine vorbehaltlose Prüfung aller Dienststellen auf effektive und effiziente Aufgabenerfüllung ist ebenso notwendig wie eine ständige Aufgabenkritik. Dazu ist eventuell externe Beratung einzuholen.

Die Erledigung von Aufgaben gemeinsam mit z.B. dem **Landkreis Friesland** bzw. seinen Gemeinden ist zu prüfen und voran zu treiben.

Die **Digitalisierung** ist als kurzfristiges Ziel vorzugeben. Bürger, Unternehmen und Touristen müssen ein praktikables und umfassendes Angebot vorfinden, um ihre Anliegen ohne bürokratischen Aufwand erledigen zu können. Nicht zuletzt ergibt sich hierdurch die Möglichkeit, die immer größer werdenden Schwierigkeiten, geeignetes Personal zu finden,

auszugleichen.

Die Initiative „**Smart City**“ muss – mit und ohne Bundesförderung – mit Leben erfüllt werden und kann ein starkes Signal nach außen sein.

Vorhandene und notwendige Dienstleistungen der Stadt müssen so gestaltet werden, dass sie optimal für die Bürger sind. D.h. Öffnungszeiten werden auf die Bürger ausgerichtet, sind einheitlich, klar und verlässlich. Beispielsweise sollten die **Öffnungszeiten des Entsorgungszentrums** deutlich erhöht und auf den Sonnabendnachmittag ausgedehnt werden. Hier könnten insbesondere über die Arbeitsverwaltung zur Verfügung stehende Kräfte verstärkt eingesetzt werden. Die Gebühren für die Selbstanlieferung sind abzusenken oder sogar vollkommen aufzuheben.

Alle städtischen **Satzungen** und **Verordnungen** werden auf Notwendigkeit und Inhalt überprüft, überflüssige, die Bürger gängelnde und meist gar nicht überprüfbare Regelungen werden abgeschafft. Durchgängig wird darauf geachtet, dass die Sprache verständlich ist. D.h. **Abschaffung der sog. gendergerechten Sprache**, auch der nervenden Doppelungen („Bürgerinnen und Bürger“ etc.). Sie nutzt niemandem und erschwert das Lesen und Verstehen

Rat und Ausschüsse müssen sich dazu entwickeln, der Verwaltung eher allgemein gehaltene Vorgaben zu machen, Ziele zu formulieren und deren Erreichung zu kontrollieren, weniger Details zu beschließen. Große Anfragen mit anschließender Diskussionsmöglichkeit sind ebenso wieder einzuführen wie Nachfrage- und Diskussionsmöglichkeit zu allen Tagesordnungspunkten, also auch zu den Mittelungen des Oberbürgermeisters. Damit werden die Kontrollmöglichkeiten des Rates erweitert.

Die Verwaltung sollte Ausschüsse und insbesondere den Verwaltungsausschuss regelmäßig über ihre eigenen Planungen und Vorhaben unterrichten, das erspart Überraschungen und Konfrontationen.

Die Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung müssen verbessert werden. Dazu gehört die regelmäßige Anhörung von Experten und Betroffenen vor Entscheidungen im Rat. Dies sollte vorwiegend in den Ausschüssen erfolgen. Die Zahl der Ausschüsse wird reduziert (z.B. sind jeweils ein Finanz- bzw. Wirtschaftsausschuss nicht erforderlich)

Die **Homepage** der Stadt muss grundlegend erneuert werden, **Protokolle** sollten schneller – auch zur Unterrichtung der Bürger – erstellt und veröffentlicht werden. Dazu ist die Einführung von **KI-gestützten Systemen** sinnvoll, so dass Protokolle bereits am Tag nach einer Sitzung zur Verfügung stehen. Abstimmungsergebnisse können auch schon vor dem offiziellen Protokoll ins Netz gestellt werden.

Jugendparlament, Behinderten- und Seniorenbeirat sind regelmäßig in den

Ausschüssen zu hören.

Der Oberbürgermeister berichtet – eventuell nicht-öffentlich – über Vorgänge in den städtischen Beteiligungen, so dass alle Ratsmitglieder Gelegenheit haben, ihre gesetzliche Pflicht zur Kontrolle der Beteiligungen zu erfüllen.

Über Anliegen und Diskussionen im **Ortsrat** ist regelmäßig im Verwaltungsausschuss zu berichten.

Planen und bauen

Ein neuer **Flächennutzungsplan** ist nicht erforderlich. Dazu gibt es weder eine gesetzliche Verpflichtung noch einen sachlichen Grund. Man kann davon ausgehen, dass unmittelbar nach seiner Verabschiedung bereits wieder die Notwendigkeit besteht, ihn an Bauvorhaben etc. anzupassen. Zumal es personelle und finanzielle Ressourcen bindet, um ihn bis 2045 fertigzustellen und er dann bereits wieder überholt sein wird.

Es ist gelungen, auf einer interaktiven Karte darzustellen, jedoch sollte dies auch für in der Entwicklung befindliche B-Pläne gelten, damit sich die Bürger rechtzeitig ein Bild machen können.

Die Bürger sind auch deutlich mehr als bisher – und über das gesetzlich vorgeschriebene Maß hinaus – an den Bauplanungen zu beteiligen (Anhörung, Begehung, Einladung von Vereinen und Verbänden)

Die Verwaltung berichtet dem Bauausschuss regelmäßig über eigene Planungen, Vorbereitungen und externe Angebote und Anfragen, so dass Überraschungen nicht auftreten.

Mit **Bauland** ist sparsam umzugehen, weitere Versiegelungen sind auf das notwendigste Maß zu beschränken, **Entsiegelungsplanungen** sollten konkretisiert werden. Die Stadt ist hier Vorbild und kann die Bürger zu entsprechend verantwortungsvollem Handeln anleiten. Im Übrigen gibt es dafür eine gesetzliche Vorgabe des Landes.

Konsequent ist die gesetzliche Bestimmung zu vollziehen und sind somit die „**Schottergärten**“ zurückzubauen.

Städtische Gebäude sind möglichst mit Photovoltaikanlagen zu versehen bzw. zur diesbezüglichen Nutzung zu verpachten. Wohnbebauung sollte so gestaltet werden, dass Photovoltaik und Solarthermie optimal genutzt werden können. Damit kann das beschlossene Energiesparprogramm in die Realität umgesetzt werden, ebenso das **Klimaanpassungsprogramm**.

Der Rat hat schon vor Jahren beschlossen, keine Bebauung „auf der grünen Wiese“ mehr zuzulassen. Dies ist konsequent umzusetzen. Innenstadtverdichtung ist weiterhin anzustreben.

Weitere **Begrünung** von städtischen Liegenschaften (Dächer, Fassaden) kann ebenfalls als Vorbild für die Bürger dienen.

Die vom Rat entgegen den gesetzlichen Bestimmungen gefassten Richtlinien zum Verkauf von Wohnbauflächen, Erbbaugrundstücken und Gewerbeflächen werden wir aufheben. Verkauf, Verpachtung etc. von Grundstücken muss „zum vollen Wert“ erfolgen, der nur bei einer diskriminierungsfreien öffentlichen Ausschreibung zu erzielen ist.

Wirtschaftsförderung

Es kommt nun darauf an, die Zusammenarbeit zwischen Rat, Verwaltung und dem Verein der Wirtschaft optimal zu gestalten. Dem Geschäftsführer der WFG muss ein regelmäßiger Zugang zur Verwaltung eingerichtet werden, damit seine Vorhaben schnellstmöglich umgesetzt werden können. Somit wäre seine Teilnahme an den Sitzungen des Verwaltungsvorstandes sinnvoll.

Die Verzahnung mit anderen städtischen Gesellschaften, insbesondere der **WTF**, ist notwendig. Die Entwicklung des Tourismus wird nur gelingen, wenn die Wirtschaftsförderung beteiligt ist. Eine Zusammenlegung beider Gesellschaften bedarf einer nochmaligen sorgfältigen Prüfung. Die Führung der WTF muss in jedem Fall in der Hand eines erfahrenen Touristikers liegen.

Ebenso ist es erforderlich, die Koordination mit der **JadeBay** herzustellen und damit die Verbindung zu unseren Nachbarlandkreisen und Gemeinden zu erneuern. Die JadeBay sollte auch wieder mehr Kompetenzen bei der Vermarktung von Grundstücken und bei der Gewinnung neuer Betriebe bekommen.

Die Wirtschaftsförderung muss sich nachhaltig um die Belange der hier arbeitenden Betriebe kümmern und mit ihnen im engen Kontakt stehen. Dabei kommt es darauf an, Konflikte mit der Verwaltung rechtzeitig zu erkennen und zu lösen. Die Verwaltung ist „wirtschaftsfreundlich“ auszurichten und wird hier von der WFG unterstützt.

Die komplizierte Aufgabe, die Innenstadt und die weiteren Einzelhandelszentren (Göbi, Fedderwardergroden) zu beleben, muss zentrale Aufgabe der WFG sein, nicht die der WTF. Eine Zusammenarbeit ist hier allerdings notwendig. Eines gesonderten „Leerstandsmanagers“ oder „Citymanagers“ bedarfs es nicht. Das (teure) Gutachten zur Belebung der Innenstadt muss endlich umgesetzt werden, bisherige Maßnahmen waren teuer aber

nicht effektiv.

Geschäftsführer und Sprecher der Beiräte der WFG sollten dem Rat bzw. seinen Ausschüssen von Zeit zu Zeit berichten, damit auch die Öffentlichkeit über die Aktivitäten in der WFG informiert ist.

Tourismus

Als weiteres wirtschaftliches Standbein gilt seit langem der Tourismus. Das Tourismuskonzept ist im Juni 2019 vom Rat beschlossen worden, nachdem seine Entwicklung immerhin 15 Jahre gedauert hat. Leider ist bisher immer noch keine konsequente Umsetzung erfolgt. Die Wilhelmshavener Tourismus- und Freizeit GmbH (WTF) scheint dies nicht als ihre Aufgabe anzusehen. Hier müssen Rat und Aufsichtsgremium klare Vorgaben machen.

Das Konzept ist noch in diesem Jahr für die Umsetzung in kurz-, mittel- und langfristige Projekte zu strukturieren, mit Kosten und Personalbedarf zu hinterlegen und bereits im nächsten Wirtschaftsplan der WTF entsprechend zu positionieren.

Die bisher gepflegte „Eventkultur“ sollte mit einer nachhaltigen und wertschöpfenden Langzeitstrategie kombiniert werden. Die jeweiligen Vorhaben sind mit Verwaltung und Vertretern in den Gremien abzustimmen.

Für die „Vermarktung“ der Region „Ems-Jade“ und eventuell darüber hinaus, muss es eine schlagkräftige gemeinsame Tourismusorganisation geben, die die bisherige Zersplitterung aufhebt. Die Region sollte sich als eine Einheit darstellen mit ihren jeweils besonderen Angeboten. Daher ist die gemeinsam gegründete „Tourismus-Organisation Nordsee (**TANO**)“ weiter zu entwickeln und die übrigen Organisationen abzuschaffen. Wilhelmshaven steht dabei insbesondere für Kulturangebote, UNESCO-Weltnaturerbe und Einkaufserlebnis.

Den Touristen sollte ein umfassendes und ausgeklügeltes digitales Leitsystem zur Verfügung gestellt werden, das insbesondere die oben genannten Angebote der Stadt verknüpft und entsprechende Verkehrssysteme (Auto, ÖPNV; Fahrrad, Schiff) einbezieht.

Sport-, insbesondere **Wassersportvereine**, sollten sich zusammentun und ein breit gefächertes Angebot für den Tourismus entwickeln. Dafür können Stadt, Stadtsportbund und WTF Hilfestellung geben.

Gleiches gilt für die Möglichkeiten, **Golf** zu spielen. Dafür steht eine gut gepflegte und landschaftlich wunderbare Anlage zwischen Wilhelmshaven und Fedderwarden zur Verfügung und, sie müsste stärker seitens der Stadt beworben werden (WTF)

Die jetzt wieder eingerichtete Verbindung zur Insel **Helgoland** sollte möglichst auf die gesamte Woche ausgedehnt werden, eine überörtliche Bewerbung ist notwendig.

Besichtigungen der **Marine** („Tag der Offenen Tür“), des Jade-Weser-Ports und Einrichtungen wie Revierzentrale, DGzRS sollten stärker ermöglicht werden.

Der Bereich des **Südstrandes** sollte weiter attraktiv entwickelt werden. Dazu ist das beschlossene Konzept im Rahmen der Deichsanierung umfänglich umzusetzen. Allerdings sind notwendige Reparaturen umgehend durchzuführen. Der **Weg vor den Strandkörben** ist im Sommer zu schließen, er ist schlicht für die Strandkorbmieter ein Ärgernis.

Neben der Buslinie der Stadtwerke sollte eine Wegebahn („**Tschu-Tschu-Bahn**“) ermöglicht werden, hier ist ein Privatunternehmen gefragt.

Eine intensive Zusammenarbeit mit unseren unmittelbaren Nachbarn ist für die gemeinsame Entwicklung des Tourismus – neben einer gemeinsamen Tourismusorganisation – notwendig, um eine gegenseitige Befruchtung zu ermöglichen. Wilhelmshaven kann für die umliegenden wichtigen Tourismusstandorte Leistungen in Schlechtwetterzeiten erbringen, wie Kultureinrichtungen, Museen, Gastronomie und Einkauf. Im Gegenzug sollten wir auf Konkurrenz z.B. in Form von **Campingplätzen** verzichten, hingegen den immer beliebter werdenden **Wohnmobiltourismus** fördern. Eine Überplanung von „**Klein-Wangerooze**“ lehnen wir ab.

Unsere kulturellen Einrichtungen sollten auch im Sommer attraktive Angebote machen, z.B. Theateraufführungen (eher „leichte“ Stücke).

Stadtrundgänge sind auch in Form digitaler Führung anzubieten, markante Gebäude und andere Sehenswürdigkeiten mit QR-Codes auszustatten. Daneben sind geführte **Fahrradtouren** mit kulinarischen Stopps einzuführen.

Vorhandene Kultureinrichtungen sind verstärkt in die Tourismuswerbung einzubeziehen und untereinander, z.B. durch QR-Codes etc., zu verknüpfen.

Vor vielen Jahren gab es eine „**EntdeckerCard Nordwest**“, die es ermöglichte innerhalb von drei Tagen viele Museen etc. von Bremen bis Emden für eine einmalige Gebühr zu nutzen, öffentlichen Verkehrsmitteln einschließlich der Schiffe zu nutzen und sogar zu den Inseln zu fahren. Eine Wiederbelebung dieses für Touristen wie Einheimische großartige Angebot sollte angestrebt werden.

Weltnaturerbe

Wilhelmshaven ist nicht nur Zentrale der Nationalparkverwaltung, sondern auch des UNESCO-Weltnaturerbes, der Biosphärenverwaltung und des Trilateralen Wattenmeersekretariats. Hier steht auch das größte Wattenmeerbesucherzentrum und das Trilaterale Weltnaturerbe Wattenmeer

Partnerschaftszentrum wird am Banter See entstehen. Insofern haben wir eine besondere Verantwortung für das Wattenmeer vor unserer Haustür und müssen überzeugend die notwendigen ökonomischen Maßnahmen wie Hafenbau, Schifffahrt und Industrie mit den ökologischen Notwendigkeiten in Einklang bringen.

Daneben stellt das Weltnaturerbe eine große Chance zur Entwicklung eines naturverträglichen Tourismus dar. Diese muss jedoch so genutzt werden, dass der Tourismus eben keinen Schaden am Wattenmeer erzeugt, d.h. alle Maßnahmen müssen auf ihren Einklang in Bezug auf Verkehr, Boden- und Landschaftsnutzung, Abfallerzeugung und Ressourcenverbrauch geprüft werden.

Der Besuch vieler Touristen stellt die Möglichkeit dar, das Naturerbe eben als Erbe zu erleben, mit dem es sorgfältig umzugehen gilt.

Jedoch sollten damit nicht nur die Touristen angesprochen werden, auch alle Wilhelmshavener sind zu motivieren, sich für „ihr“ Wattenmeer einzusetzen, sei es als Ranger, Mitglied im Freundeskreis des Wattenmeerhauses oder als „Botschafter“ außerhalb der Stadt.

Die Stadt ist Mitglied in der „Entwicklungszone“ des Welterbes. Dies muss „gelebt“ werden!

Bildung

Die Stadt ist zwar nur für Gebäude und schulische Infrastruktur zuständig – Lehrerversorgung, Bildungshinhalte etc. sind Aufgabe des Landes. Somit müssen wir durch geschickten Einsatz der knappen Ressourcen eine optimale „Hardware“ in Form von durchsanierten und funktionalen Schulgebäuden, Schulhöfen und Schulsportanlagen zur Verfügung stellen.

Die in den letzten Ratsperioden erfolgten Zusammenlegungen von Schulen und Schließungen von Schulstandorten sind abgeschlossen, weitere wird es nicht geben.

Die Errichtung einer weiteren **Grundschule** auf dem Gelände der ehemaligen BBS Heppens ist überflüssig und nicht durch einen kurzfristigen Anstieg der Schülerzahlen infolge der Zuwanderung zu rechtfertigen. Sie bindet zwischen 15 und 20 Mio. Euro, die dringend für weitere Sanierungsmaßnahmen an anderen Schulen und für z.B. die Baumaßnahmen zur Einführung des **Ganztagsunterrichts** gebraucht werden.

Auch die Umwandlung der Oberschule Nord (**Marion-Dönhoff-Schule**) in eine **IGS** lehnen wir ab. Weder sind dort die notwendigen Ressourcen für eine Oberstufe vorhanden, noch wollen wir andere Schulstandorte in der Stadt gefährden, wie z.B. das Neue Gymnasium, das erst kürzlich mit großem finanziellem Aufwand erweitert wurde.

Wir wollen eine noch bessere Verzahnung der Schulen mit unseren kulturellen Einrichtungen im Sinne einer **Bildungsregion** bzw. -landschaft.

Dazu stehen Hilfen des Landes in Form einer „**Transferagentur**“ zur Verfügung, die wir nutzen sollten.

Die Kultureinrichtungen können somit, genau wie der „**Lernort** Technik

und Natur“, zu **außerschulischen Lernorten** werden. Gerade die Gewinnung von Interessenten an den sog. **MINT**-Fächern wird hierdurch gefördert.

Aber auch allgemein kann damit Kunst und Kultur in den Schulalltag integriert werden, so dass auch die Kultureinrichtungen davon profitieren. Die Anbindung der Schulen an das **Breitbandnetz** bzw. eine ausreichende **W-LAN-Versorgung** (z.B. Neues Gymnasium!) ist immer noch nicht abgeschlossen. Hier muss der zweite **Digitalpakt** von Bund und Land genutzt werden. Es ist umgehend notwendig, alle Schulen mit der bewährten und oft genutzten Schulsoftware „**Iserve**“ auszustatten.

Digitalisierung darf jedoch nicht zur Ideologie werden, sondern sollte nur dort eingesetzt werden, wo sie nachweislich den „normalen“ Unterricht unterstützt. Bücher und „Papier“ bleiben noch auf Jahrzehnte wichtige Hilfsmittel. Eine rein „digitale“ Schule lehnen wir ab.

Zur Unterstützung der Verwaltung sollte vermehrt auf Kooperationen z.B. mit der Jade-Hochschule gesetzt werden.

Durch eine gemeinsame Anstrengung verschiedener Akteure wird erreicht, dass alle Kinder in der Grundschule ein **Schwimmzeugnis** „Bronze“ erwerben. „Wasserzeiten“ in den städtischen Bädern sind vornehmlich diesem Ziel zur Verfügung zu stellen.

Kinder und Jugendliche sollten überwiegend zu Fuß oder per Fahrrad die Schulen erreichen. Im Winter natürlich auch mit dem Bus. Das „**Eltern-taxi**“ sollte die absolute Ausnahme sein, da es hierdurch nach wie vor zu erheblichen Verkehrsproblemen vor den Schulen kommt. Der sogenannte „**Schulexpress**“ (Sammlung der Kinder an einem Ort und gemeinsamer Gang zu Schule) wäre hier eine Alternative.

Alle Schulstandorte sind dahingehend zu überprüfen, ob **Sportanlagen** ohne großen Zeitaufwand zu erreichen sind. U.U. sind weitere zu errichten (z.B. IGS).

Kinder und Jugendliche müssen mehr Kontakt zur Natur erhalten, um diese zu schützen und ihre Wichtigkeit zu erkennen. Dazu wäre z.B. die Anlage von **Schulgärten** sinnvoll. Stadtpark, Botanischer Garten und Rosarium sowie die geschützten Landschaftsteile könnten zu „Außerschulischen Lernorten“ werden.

Infolge der teilweise ungünstigen Zusammensetzung der Schülerschaft bedarf es weiterer Sozialarbeiter und Psychologen. Auch wenn dies in erster Linie Aufgabe des Landes ist, sind an dieser Stelle personelle Ressourcen der Stadt sinnvoll eingesetzt.

Das vor Jahren entwickelte Programm „**Jedes Kind hat einen Schulabschluss**“ wird angepasst und umgesetzt. Hier eingesetzte Mittel werden sich durch später ersparte im Sozialetat rechnen. **Schulassistenten** haben sich bewährt, jedoch insbesondere dann, wenn sie nicht nur für einen Schüler eingesetzt werden, sondern für die gesamte Klasse und so die Lehrer unterstützen können.

Der **Spracherwerb** ist entscheidend für den Schulerfolg. Wir schlagen eine große Anstrengung der „Bürgerschaft“ vor, um durch Lesepaten etc. Schulen und Kinder bei dieser entscheidenden Herausforderung zu unterstützen (Fortbildung in der VHS, Engagement z.B. der sog. Serviceclubs, des Kinderschutzbundes etc.). Das Ziel muss sein, dass kein Kind die Grundschule (besser: den Kindergarten) ohne optimale Sprachkenntnisse verlässt. Eine enge Verzahnung mit den Kindergärten ist notwendig, um den dort begonnenen Spracherwerb ohne Bruch fortzusetzen.

Soziales

Trotz vieler Bemühungen muss Wilhelmshaven ca. 50% seines gesamten Haushalts für soziale Maßnahmen aufwenden. Für viele weitere Aufgaben steht entsprechend weniger zur Verfügung, was den Handlungs- und Gestaltungsspielraum massiv beschränkt. Die Abhängigkeit vieler Bürger vom Staat entspricht nicht liberaler Vorstellung von einem selbstbestimmten Leben. Aus diesen Gründen sind vielfältige Anstrengungen zu unternehmen, um die Sozialausgaben signifikant zu senken.

Wir streben eine deutliche Reduktion der ca. 6000 Haushalte mit Bezug von **Grundsicherung** (Hartz IV) innerhalb von 5 Jahren an. Um die geeigneten Maßnahmen treffen zu können, bedarf es einer umfassenden Analyse der Ursachen. Schon jetzt sind jedoch zu nennen: fehlender oder unzureichender **Schulabschluss**, mangelnde **Berufsausbildung**, diverse **Suchterkrankungen** und andere psychische Störungen. Nur wenn es gelingt, an den Ursachen anzusetzen und diese wo immer möglich zu beseitigen, bestehen Chancen, einen grundlegenden Wandel in den sozialen Verhältnissen der Stadt zu erreichen. **Schulabsentismus** muss konsequent verfolgt werden.

Wirtschaftsförderung, Arbeitgeber, Gewerkschaften, Arbeitsverwaltung und Stadt müssen an einem Strang ziehen und ein umfassendes Programm entwickeln, um zumindest einen Großteil der derzeitigen Transferempfänger in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Dazu gehören Schulungs- und Fortbildungsmaßnahmen an der VHS, der ev. Familienbildungsstätte und anderen entsprechenden Institutionen. Mittelfristig sollte das unter „Bildung“ erwähnte Programm „Jedes Kind hat einen Schulabschluss“ dazu führen, dass die Zahl der Bürger ohne Schulabschluss deutlich sinkt. Umfassend sind sodann Maßnahmen zum Erwerb einer Berufsausbildung erforderlich, woran wiederum die genannten Einrichtungen mitwirken sollen. Es ist sinnvoll, dass alle Schüler die Angebote der Arbeitsverwaltung wahrnehmen und sich umfassend über **Ausbildungsmöglichkeiten** informieren.

Insbesondere für die Jugendlichen ohne Schul- oder Berufsabschluss sollte die **Jugendberufsagentur** in Zusammenarbeit mit den Stellen der Stadt ein mittel- und langfristiges Programm erarbeiten.

Schätzungen zu Folge gibt es in Wilhelmshaven ca. 7000 funktionale oder tatsächliche **Analphabeten**. Die vorhandenen Institutionen, die bereits

recht umfangreich an dieser Situation arbeiten, sollten mehr Unterstützung erfahren und der Erfolg wäre regelmäßig zu messen.

Alle extern für die Stadt tätigen Einrichtungen im Sozialbereich sind regelmäßig auf ihre Effizienz und Effektivität zu überprüfen.

Freiwillige Helfer und Ehrenamtler sind zu gewinnen und zu schulen, z.B. für das Sorgentelefon o.ä.

Die **Suchtberatung** ist zu stärken, Ärzte und Krankenhäuser sind für das Thema „Sucht“ zu sensibilisieren, ebenso die Arbeitgeber. Der Sozialpsychiatrische Dienst ist zu stärken.

In den Sozialbereich gehört auch die Innere Sicherheit. Dazu wollen wir den kommunalen **Präventionsrat** stärken, allerdings auch ein klares Programm und effiziente Maßnahmen einfordern.

Die beschlossenen „**Waffenverbotszonen**“ werden auf ihre Wirksamkeit objektiv überprüft und ggf. wieder abgeschafft.

Eine gute Ausstattung der städtischen Stellen mit Sozialarbeitern und Integrationshelfern ist ebenso nötig wie eine umfassende Zusammenarbeit zwischen Polizei, Stadt und den Gerichten. Letztlich werden wir die vielfältigen sozialen Probleme nur langfristig bewältigen, indem wir für umfassende Bildung und Ausbildung sorgen.

Kinder und Jugendliche

Die Familien und Alleinerziehende können durch diverse Programme wie „Frühe Hilfen“ unterstützt werden. Ein konsequenter Austausch mit den Kindertagesstätten und später den Schulen ist notwendig, um rechtzeitig Unterstützungsmaßnahmen einleiten zu können. Schulpsychologen und Schulärzte, aber auch die Haus- und Kinderärzte sind vermehrt in Vor- und Behandlung einzubeziehen.

Kindertagesstätten dienen mehr und mehr auch dazu, Defizite in den Familien auszugleichen. Diese müssen rechtzeitig – z.B. Sprachprobleme – identifiziert werden, um sie zielgerichtet angehen zu können. Nach landesweit erhobenen Zahlen werden ca. 20% der Kinder wegen der **Sprachprobleme** auffällig und müssen vom Schulbesuch zurückgestellt werden. Diese Kinder möchten wir mit geeigneten Programmen und Angeboten früh, d.h. bereits vor Schuleintritt ansprechen.

Suchtprobleme beginnen nicht selten in der Schule und müssen rechtzeitig erkannt werden. Hierzu gehören auch Computerspiele und Internet. Die Suchtberatung sollte entsprechende Hilfen an den Schulen anbieten.

Viele Kinder sind inzwischen **übergewichtig**. Sie werden in wenigen Jahren an Bluthochdruck und Diabetes erkranken. Entsprechende Angebote zur gesunden Ernährung sollten in den Mensen der Kindergärten und Schulen erfolgen. Daneben stehen Aufklärungskampagnen zusammen mit

den Medizinern und Krankenkassen.

Bewegungsarmut und mangelnde Körperbeherrschung sind zu beobachten. Hier sind neben dem regelmäßigen **Schulsport** und dem Erlernen des **Schwimmens** (s.o.) insbesondere die Sportvereine in Gegenmaßnahmen einzubeziehen. Aber auch die Möglichkeit zu sportlicher/körperlicher Betätigung außerhalb von Sportvereinen (**Bolzplätze**, anregende **Spielplätze** [Abenteuerspielplatz], Benutzung von Schulhöfen außerhalb der Schulzeiten und auch von Sportanlagen ohne Mitgliedschaft im Sportverein) sollte systematisch entwickelt werden.

Die **Jugendzentren** sollten auch dazu dienen, psychische, familiäre und Suchtprobleme rechtzeitig zu identifizieren. Ihre Ausstattung und ihre Mittel sind zu erhöhen, eine weitere Anlage (Seipel-Halle) benötigen wir nicht.

Das **Jugendparlament** bedarf der größeren Aufmerksamkeit von Rat und Ausschüssen. Die Mitglieder sollten regelmäßig und rechtzeitig in Entscheidungsprozesse eingebunden werden, die Gruppen und Fraktionen sollten Mitglieder des Parlaments auf Wunsch kooptieren. Die die Jungparlamentarier entsendenden Schulen sind aufgefordert, „ihren“ Abgeordneten vermehrt Unterstützung zukommen zu lassen.

Offenbar bestehen trotz gesetzlicher Vorgaben nicht an allen weiterführenden Schulen funktionierende **Schülerräte**

Die Schulen müssen angehalten werden, für ihre Errichtung und Funktion zu sorgen. Die Ausstattung obliegt der Kommune.

Kultur

Die letzten Jahre haben keine optimale Entwicklung der **Kultur** erkennen lassen. Die unselige Strategie einer Kulturstiftung hat im Gegenteil viel Verdruss und Stillstand gebracht. Immerhin konnten die beiden **Museumsschiffe** gerettet werden. Es gilt jetzt, die Zuständigkeiten für die Kultureinrichtungen klar zu regeln und ihnen zu ermöglichen, sich ungestört und systematisch weiter zu entwickeln. Das abschließende **Kulturentwicklungsprogramm** steht immer noch aus- hier ist Tempo notwendig! Dazu sind Baumaßnahmen sowohl am **Küstenmuseum** wie auch an der Kunsthalle erforderlich. Dort fehlt nach Erneuerung von Dach und Fußboden noch eine energetische Sanierung. Das Kulturbüro muss sich als Dienstleister, nicht als Steuerer der Kultureinrichtungen neu aufstellen. Die WTF ist gefordert, die Kultureinrichtungen systematisch und nachhaltig zu bewerben und insbesondere den Touristen nahzubringen. Das Küstenmuseum benötigt eine neue **Dauerausstellung**, einen besseren Eingangsbereich, einen klar erkennbaren Zugang zum Bontekai (über das Privatgrundstück hinweg!) und technische Verbesserungen wie Besucherguide.

Weiteres Personal ist dringend erforderlich, da mit der derzeit geringen Mitarbeiterzahl nicht der erwünschte Fortschritt mit neuer Dauerausstellung, Sonderausstellungen und Integration der Museumsschiffe möglich ist.

Eine neue Dauerausstellung kann allerdings erst dann im Detail in Angriff genommen werden, wenn umfangreiche Vorarbeiten abgeschlossen sind. Dazu gehört die Ertüchtigung des Gebäudes. In den nächsten Jahren wird außerdem das **Marinemuseum** wegen dortiger umfangreicher Erneuerung in das Küstenmuseum einziehen. Es kommt darauf an, beide Institutionen harmonisch miteinander zu verknüpfen.

Notwendig ist auch die Neuordnung des **Magazins**, ein zukunftssicherer Standort muss gefunden werden

Bei der **Stadtbibliothek** ist seit langem ein Anbau der Kinder- und Jugendbibliothek notwendig, aber immer wieder aufgeschoben worden. Die Defizite vieler Kinder im Lesen sind allseits bekannt, es ist alles zu tun, um dem entgegen zu wirken. Die Abschaffung von Schulbüchern und deren Ersatz durch ausschließlich digitale Lernmittel in den Schulen ist kontraproduktiv.

Die Landesbühne/das Stadttheater müssen weiter gestärkt werden, insbesondere setzen wir uns für einen dynamisierten **Zuschuss des Landes** ein, um hier für langfristige Planungssicherheit zu sorgen. Die Sparkasse sollte verpflichtet werden, ihren **Parkplatz** am Theater bei Theaterveranstaltungen wieder kostenfrei zur Verfügung zu stellen.

Das **Wattenmeerhaus** bedarf nach den umfassenden Erneuerungs- und Ertüchtigungsmaßnahmen einer wesentlich stärkeren finanziellen Unterstützung des Landes. Der Zuschuss von dort ist seit Jahren konstant und entspricht keineswegs der Stellung dieser Institution im Weltnaturerbe Wattenmeer! Die Stadt selbst gibt ein Vielfaches – das kann so nicht bleiben.

Der **Botanische Garten** ist seit seiner Anbindung an die Technischen Betriebe etwas aus dem Blick der Kulturverantwortlichen geraten und bedarf wieder vermehrter Aufmerksamkeit, z.B. wollen wir eine Busanbindung (Linie 2). Auch nach vielen Jahren ist es nicht gelungen, das **Tropenhaus** zu errichten, welches seiner Zeit am alten Standort für besondere Attraktivität sorgte. Hier ist eine komplette Neuplanung erforderlich. Auf die ursprünglich geplanten Gewächshäuser der Technischen Betriebe kann man verzichten und die Pflanzen bei privaten Gartenbaubetrieben einkaufen. Damit wäre eine drastische Kostenreduktion möglich.

Das **Stadtarchiv** muss bei Abriss der Stadthalle einen neuen Standort finden. Vom Archiv könnte eine Überarbeitung und Neuauflage des beliebten „Wilhelmshavener Heimatlexikons“ ausgehen.

Alle Kultureinrichtungen sollten sich noch mehr mit den Schulen

verknüpfen – „**Bildungslandschaft**“ (s.o.).

Wir wollen erreichen, dass die **Burg Kniphausen** erhalten bleibt und für kulturelle Zwecke wieder zur Verfügung steht. Diesem wie auch anderen denkmalgeschützten Objekten muss viel mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden. Glücklicherweise ist es gelungen, die Stiftung „Burg Kniphausen“ zu erhalten. Sie sollte ein Motor der dortigen kulturellen Stabilisierung und Entwicklung werden.

Eine große Zahl von Einwohnern hat sich bei einer Befragung für eine neue **Stadthalle** ausgesprochen. Eine umfassende Analyse zeigt, dass der Standort ehemalige **Südzentrale** einen großen Zuspruch bekam, wenn er auch erst an dritter Stelle der bevorzugten Orte genannt wurde. Andere Kriterien, die die Bürger für wichtig hielten, geben jedoch diesem Standort den Vorzug.

Günstig sind die verkehrliche Anbindung, Parkmöglichkeiten, die Lage am Wasser, die Nähe zu kulturellen und gastronomischen Einrichtungen und die Notwendigkeit, an dieser Stelle wieder ein hervorragendes Gebäude zu errichten. Eine anderweitige Nutzung ist nicht in Sicht, das Ensemble mit der KW-Brücke sollte architektonisch wiederhergestellt werden. Die gesamte Südstadt erhielte hierdurch eine weitere Belebung. Da die Finanzen der Stadt eine auch nur mittelfristige Realisierung nicht zulassen, wäre die Errichtung durch einen privaten Investor mit anschließender Miete durch die Stadt anzustreben. Der Kauf des Geländes durch die **Firma Nordfrost** eröffnet die Möglichkeit, dieses Projekt zu realisieren.

Bürgerbeteiligung

Die derzeit schon gegebenen Möglichkeiten für Bürger- und Einwohnerbeteiligung werden zu wenig genutzt. Insbesondere die Ausschussarbeit könnte durch mehr Bürgerbeteiligung ergänzt und belebt werden. Deshalb sollten hier vermehrt Experten und Vertreter von (Bürger-)Vereinen und Interessengruppen zu Wort kommen. Die Homepage der Stadt bedarf der gründlichen Überarbeitung, um Informationen besser zugänglich zu machen (siehe: Rathaus...Seite 3). Sitzungspläne, Vorlagen und Anträge können interaktiv präsentiert werden, Übersichten über Verfahrensabläufe und Sachstandsberichte sind digital darzustellen.

Verkehr

Wilhelmshaven verfügt über ein gutes Straßennetz. Weitere – insbesondere Durchgangsstraßen – sind nicht erforderlich, weshalb wir uns immer gegen den Durchbau der Friedenstraße ausgesprochen haben.

Allerdings müssen die Straßen in einen guten Zustand versetzt werden, was bisher durch die Technischen Betriebe nicht gelingt. Deshalb streben wir an, die **Straßenunterhaltung** zunächst stadtteilweise und zeitlich

befristet an private Unternehmen zu vergeben.

Verkehrsschilder sind auf das Notwendigste zu begrenzen, Ampelschaltungen sind mit den Bedarfsampeln („Fußgängerampeln“) zu koordinieren, so dass „Grüne Welle“ erreicht wird, was Lärm und Luftverschmutzung vermindert.

Die Ampelsteuerung durch die Busse muss so erfolgen, dass keine unnötigen Wartezeiten auftreten, d.h. sofort nach Durchfahrt eines Busses schaltet die Ampel in den vorherigen Zyklus zurück, sofern es sich noch „lohnt“. Nur dann wird es genügend Akzeptanz für weitere Busvorrangschaltungen geben.

Wir stehen für einen sinnvollen **Verkehrsmix**. Jeder soll entscheiden, welches Verkehrsmittel er nutzen möchte. Eine einseitige Bevorzugung und Drangsalierung anderer lehnen wir ab. Eine autofreie Innenstadt und die weitere Reduktion in innerstädtischen Parkplätzen sollte es daher nicht geben.

30-km-Zonen bedürfen der Überprüfung auf Nutzen und tatsächliche Verminderung z.B. des Unfallgeschehens. Neue Zonen dürfen nur eingerichtet werden, wenn Lärmmessungen, Unfallhäufigkeit etc. dafür sprechen. Sie sind nutzlos, wenn keine Kontrollen möglich sind.

Für die Förderung der **Elektromobilität** sind ausreichende Ladesäulen mit kompatiblen Zahlungsmöglichkeiten notwendig. Dafür bedarf es eines Gesamtkonzeptes z.B. von Stromanbietern und Privatfirmen.

Der Öffentliche Nahverkehr (**ÖPNV**) ist seit Jahren defizitär und muss durch die Gewinne von GEW gestützt werden. Allerdings ist auch festzustellen, dass sich vieles verbessert hat. So werden gerade die Taktzeiten am Wochenende verkürzt und die Verkehrszeiten weiter in den Abend ausgedehnt, so wie früher am Morgen begonnen. Auch kommt die Linie 8 hinzu, so dass eine bessere Anbindung des Südstrandes gewährleistet ist. Für nächtliche Bedarfe sollte es weiter **Anrufsammeltaxis** und andere Angebote geben.

Für den Ausbau des ÖPNV gibt der 2026 beschlossene Nahverkehrsplan gute Hinweise. Insbesondere auch die Erreichbarkeit von Arbeits-, Einkaufs- und Bildungsstätten muss noch verbessert werden. Dazu gehört die Anbindung des Stadtparks mit Botanischem Garten, Rosarium, großem Spielplatz und Bootshaus am Stadtpark. Barrierefreiheit muss zur Selbstverständlichkeit werden.

Bushaltestellen sollten grundsätzlich mit Fahrradabstellanlagen versehen werden, so dass eine gute Verknüpfung mit dem Radverkehr ermöglicht wird. Weitere Verbesserungen der **Fahrgastinformation** (W-LAN, App-basierte Direktinformation) sind nötig.

Unverändert sind wir der Ansicht, dass bei der nächsten anstehenden Vergabe von Nahverkehrsleistungen eine private Lösung möglich und

ökonomisch sinnvoll sein kann.

Der **Radverkehr** bedarf weiter großer Aufmerksamkeit, da er deutlich zu den angestrebten Klimazielen beitragen kann. Dies gelingt nur, wenn die Bürger sich sicher fühlen, gut ausgebaute Wege vorfinden und Abstellmöglichkeiten für die Räder vorhanden sind. Auf den Straßen sind klare Markierungen ebenso sinnvoll wie Schutzstreifen.

Der bereits 2009 beschlossene und 2025 erneuerte **Radverkehrsplan** bedarf der konsequenten Umsetzung. Insbesondere der touristische Radverkehr bietet noch viele Möglichkeiten. **Leihstationen** sind ebenso notwendig wie Elektroladestationen. Schülerradverkehr ist zu fördern, er vermindert die sog. Elterntaxis.

Der **Bundeswehrradwegeplan** ist grundsätzlich zu begrüßen, weist jedoch zahlreiche Mängel auf und sollte bei eventuell weiteren Maßnahmen in diesem Rahmen umfangreich überprüft werden.

Wir setzen uns für einen **Radschnellweg** nach Roffhausen ein, da dort viele Einwohner Wilhelmshavens arbeiten.

Die **Fahrradstation** am Bahnhof ist mittlerweile verwirklicht worden, jedoch wird sie viel zu wenig genutzt. Das liegt in zuletzt daran, dass Schließfächer und Lademöglichkeiten nur für Dauerkarteneinhaber möglich sind und damit Touristen ausgeschlossen werden.

Klima und Umweltschutz

Klimaschutz ist zu einem zentralen Thema der Politik geworden. Maßnahmen können und müssen auch lokal umgesetzt werden. Liberale wollen jedoch nicht durch Verbote, sondern durch Innovation und gemeinsam mit den Bürgern die Ziele erreichen.

Die vorhandenen **LNG-Terminals** sind notwendig und können später für die Anlandung von Wasserstoff genutzt werden.

Auch bei der Umsetzung der Wasserstoffstrategie von Land und Bund kann Wilhelmshaven die entscheidende Rolle spielen. Stromerzeugung und -anlandung z.B. aus der Nordsee sind hier seit langem etabliert. Dazu käme die Möglichkeit, Wasserstoffimporte günstig zu realisieren und weiter zu leiten, aber auch hier zu verarbeiten. Programme wie „HyExpert“ des Bundes nutzen wir, um weitere Erfahrungen zu sammeln.

Bebauungspläne sollten verstärkt den Klimaschutz berücksichtigen, insgesamt ist die Stadtplanung diesbezüglich auszurichten. Städtische Gebäude müssen weiter energetisch optimiert werden, der Energieverbrauch in Behörden und Ämtern ist zu senken (z.B. Gutschriften für Mitarbeiter, wenn Energieeinsparung gelingt).

Städtische Gebäude sind durchgehend für **Photovoltaik** zur Verfügung zu stellen, auch die Fassaden. Versiegelte Gebiete, ebenso wie bestimmte Verkehrsflächen und Lärmschutzeinrichtungen können ebenfalls

Photovoltaik aufnehmen. Auf Grün- und Ackerland lehnen wir Photovoltaik ab, sofern kein auch ökologischer Vorteil besteht und die Flächen nicht mehr (land-)wirtschaftlich genutzt werden können.

Fahrzeuge der Öffentlichen Hand müssen den modernsten Anforderungen an den Energieverbrauch entsprechen. Die Straßenbeleuchtung muss optimiert werden, neben der vollständigen Ausrüstung mit LED sind automatische Abschaltungen der Straßenbeleuchtung zu prüfen, zusammen mit einer durch Bewegungsmelder gesteuerten Beleuchtung. Eine zumindest jede zweite Lampe betreffende Abschaltung der Straßenbeleuchtung zwischen 22.00 und 6.00 Uhr muss geprüft werden.

Das vorhandene **Klimaschutzprogramm** muss konsequent umgesetzt werden, der Klimaschutzmanager sollte halbjährlich Bericht erstatten, die verschiedenen Maßnahmen bedürfen eines Controllings.

Andererseits lehnen wir Beschlüsse zu einem sogenannten „Klimanotstand“ ab. Sie haben rein deklaratorischen Charakter und führen nicht zu konkreten Maßnahmen und verhindern u.U. die Bewältigung weiterer kommunalpolitischer Aufgaben. Eine Klimakonferenz kann zu einem besseren Dialog mit den Bürgern und ihre Sensibilisierung für Klimaschutzmaßnahmen führen.

Einen ebenso großen Stellenwert wie das Klima sollte der **Artenschutz/die Biodiversität** einnehmen. Insekten- und Vogelsterben sind keine Nebensächlichkeiten, sondern nachdrückliche Hinweise, dass der Mensch die natürlichen Ressourcen massiv überfordert und sich damit selbst langfristig gefährdet.

Gerade in Städten kann jedoch sehr viel für die natürliche Umwelt gemacht werden, hier bestehen Chancen, die von der Landwirtschaft verursachten Schäden wenigstens zum Teil aufzufangen.

Es ist notwendig, alle Maßnahmen auf ihre Wirkung auf die Biodiversität zu prüfen. Im Einzelnen ist eine enge Abstimmung zwischen Naturschutzbehörde und Technischen Betrieben notwendig. Wir brauchen einen „**Grünplan**“, indem Maßnahmen wie Mahdregime, Strauch- und Baumschnitt festgelegt werden. Z.B. ist es unsinnig, Wegränder schon im zeitigen Frühjahr zu mähen, da hierdurch die für Insekten wichtige Frühblüher vernichtet werden.

Das schon vor Jahren beschlossene **Entsiegelungsprogramm** sollte aktualisiert und stringent umgesetzt werden. Dies dient auch dazu, Starkregenereignisse besser bewältigen zu können. Im Übrigen gibt es mittlerweile ein Landesgesetz, dass die Kommunen zur Entsiegelung verpflichtet. Versiegelungen in privaten Grundstücken sollten durch gute Beispiele der Stadt vermieden werden. Dort, wo Bau- und Ortsrecht Versiegelungen verbieten, sollte dieses konsequent durchgesetzt werden.

Die von uns mitbezahlte **Umweltstiftung** mit Sitz in Varel sollte offensiv für Wilhelmshaven tätig werden.

Umweltverbände, Jagd- und Anglerorganisationen sollten für Biodiversitätsmaßnahmen verstärkt gewonnen werden.

Stadtparkerneuerung und **Landesgartenschau** sollten nur umgesetzt werden, wenn dafür ökologische Maßstäbe an erster Stelle stehen. Sie bietet aber auf der anderen Seite eine große Chance, Wilhelmshaven noch bekannter zu machen, eine Menge Touristen aus dem Umland nach Wilhelmshaven zu locken, Gastronomie, Einzelhandel und Hotellerie zu stärken. Eine Gefährdung des städtischen Haushalts muss allerdings vermieden werden.

Eine weitergehende Beleuchtung der Stadtparkwege lehnen wir ab.

Das **Weltnaturerbe** Wattenmeer bedarf des besonderen Schutzes. Kitesurfen, Verschmutzung durch Kunststoffabfälle, Einleitung von ungeklärtem Abwasser, Störung von Flora und Fauna sind zu vermeiden.

Unsere wissenschaftlichen Institute und insbesondere das Wattenmeerhaus können zur Information und Sensibilisierung der Bevölkerung beitragen. Die inzwischen realisierte Ausstellungs- und Beobachtungseinrichtung bei der Seeschwalbenkolonie ist dafür ein gutes Beispiel.

Der **Banter See** sollte nicht zu einem touristischen Rummelplatz werden, sondern nur einer naturverträglichen Nutzung dienen. Camping- und große Wohnmobilstellplätze sind hier nicht vorzusehen. Die sensiblen Bereiche mit Trockenrasen etc. bedürfen des anhaltenden Schutzes.

Kulturelle und wissenschaftliche Einrichtungen wie Botanischer Garten, Wattenmeerhaus, Seeschwalbenforschung, Senckenberg und ICBM sollten vermehrt für die schulische Umweltbildung in Anspruch genommen werden.

Naturlehrpfade im Stadtpark, Kurpark und weiteren Grünanlagen sollen die diversen „Schätze“ den Menschen näher bringen. App-gestützte Erläuterungen und QR-Codes geben tiefergehende Informationen.

Wilhelmshavener Naturdenkmale werden besonders beworben.

Umland

Die diversen Herausforderungen an die Kommunen können zunehmend nur in guter Zusammenarbeit mit den umliegenden Landkreisen und Gemeinden bewältigt werden.

Nach Jahren des Stillstands gibt es erste Wiederbelebungen, so im Bereich der Wirtschaftsförderung (JadeBay), des Umweltschutzes (Stiftung Naturschutz), der Ausbildung (Berufsbildende Schulen, generalistische Pflege) und Wasserstoffinitiative sowie durch den „Kohlestrukturfonds“. Dies kann noch deutlich ausgeweitet werden, insbesondere im Bereich Tourismus, Katastrophenschutz, Feuerwehr und Krankenhaus.

Die politischen Gremien sollten vermehrt zusammen tagen und gemeinsame Projekte identifizieren.

Sport

Sport spielt für viele Menschen eine große Rolle. Dabei ist es in den letzten Jahren durchaus zu einem Wandel gekommen, den wir aufnehmen sollten. Vereinssport sollte durch Öffnung der Anlagen und weitere Angebote außerhalb der eigentlichen Sportplätze und -hallen für eine breitere Bevölkerungsschicht ergänzt werden. Im öffentlichen Bereich sollten wieder vermehrt Angebote errichtet werden („Trimm-Dich-Pfade“)

Die Vereine benötigen allerdings weitere städtische Unterstützung, auch im Hinblick auf hier besonders deutlich werdenden demographischen Wandel. Diese Unterstützung sollte umgekehrt dazu führen, dass die Sportvereine die Schulen einbeziehen und entsprechende Zusammenarbeit anstreben.

Ein breites Angebot an Sportarten wird sich in Zukunft nur durch Konzentration der Sportvereine aufrecht erhalten lassen. Hierbei kann die Kommune Hilfestellung geben.

Wir streben an, die Schulen ausreichend mit eigenen **Sportanlagen** auszustatten, um lange Fahrzeiten zu vermeiden.

Das Erlernen des **Schwimmens** muss insbesondere bei den Grundschulen zentrale Aufgabe des Sportunterrichts sein.

Das **Freibad Nord** wird derzeit wieder durch die Stadtwerke betrieben, jedoch muss eine vorurteilslose und umfassende Analyse erfolgen, welche Ansprüche die Bürger haben, wie die finanziellen Belastungen sich auswirken und welche Alternativen sich finden lassen. Wahrscheinlich ist der Ersatz des Bades durch einen entsprechenden Ergänzungsbau am Nautimo sinnvoll.

Gesundheitssystem

Eine unzweifelhaft weiter alternde Stadtbevölkerung braucht ein gutes Gesundheitssystem. In Zusammenarbeit mit der Ärzteschaft ist für ein ausgewogenes Angebot an Allgemein- und Fachärzten zu sorgen.

Kinder- und Jugendliche bedürfen der besonderen Zuwendung, so dass auch das Gesundheitsamt mit seinem jugendärztlichen Dienst gestärkt werden muss.

Drogen- und Alkoholmissbrauch sind weit verbreitet und sollten aus der „Schamecke“ herausgeholt werden. Die vielfältigen Beratungs- und Aufklärungseinrichtungen sollten vermehrt von den Schulen genutzt werden.

Ältere Menschen wollen gern in ihrer gewohnten Umgebung verbleiben, dies sollte unterstützt werden. Mehrgenerationenhäuser im engeren Sinne können dazu beitragen. Die recht zahlreichen stationären Altenwohn- und -pflegeeinrichtungen sollten Qualität garantieren und dabei von der Stadt unterstützt werden.

Unverändert stehen wir zu unserer Forderung, das **Klinikum** einem privaten Träger zu überantworten. Die seit Jahren anhaltenden Querelen, Stillstand beim Neubau, Schließung von Abteilungen, Leitungswechsel und Personalmangel bzw. -wechsel sind Ausweis, dass eine kommunale Verantwortung für das komplexe System „Krankenhaus“ nicht geeignet ist. Eine leistungsfähige private Krankenhausgesellschaft würde hier rasch Abhilfe schaffen und der Stadt viel Geld und Arbeit ersparen. Auch der geplante Bau eines **Zentralklinikums** zusammen mit dem Landkreis Friesland wird keine tragfähige Lösung sein. Allein der Zeitplan der Errichtung bis 2036 führt zu weiteren Subventionsnotwendigkeiten in Millionenhöhe. Bisher sind bereits mehr als 100 Mio. Euro in den laufenden Betrieb unseres Klinikums gegeben worden, ohne dass eine entscheidende Besserung eingetreten ist.

Innenstadt, Zentren, Märkte

Das Ausbluten der Marktstraße, aber auch die Leerstände in einigen Einzelhandelszentren sind unübersehbar. Inhabergeführte Geschäfte findet man immer seltener, sie sind aber eigentlich der Kern einer lebendigen Innenstadt. Der demographische Wandel und die relativ geringe Kaufkraft der Bevölkerung auch auf Grund der hohen Arbeitslosigkeit und der vielen Transferempfänger sind hier wesentliche Ursache.

Der Online-Handel erschwert es zunehmend, ein konkurrenzfähiges Angebot aufrecht zu erhalten. Innovative Ideen wie gemeinsame Verkaufsplattformen sollten unterstützt werden. Hier ist die Hilfe der Wirtschaftsförderung gefragt.

Die Stadt kann nicht als Unternehmer auftreten. Sie kann jedoch durch ein geeignetes Umfeld die Attraktivität insbesondere der Innenstadt stärken und durch kulturelle und touristische Aktionen Interesse wecken. Gute Parkmöglichkeiten, auch für Fahrräder, ein optimierter ÖPNV, technische Angebote wie komplettes W-LAN, Parkwegweiser und App-gestützte Restaurant- und Einkaufsführung sollten initiiert werden.

Das Gutachten „Innenstadt“ sollte konsequent umgesetzt werden.

Die Wirtschaftsförderung sollte einen ihrer Schwerpunkte auf die Belebung der Innenstadt und der Zentren legen. Handel und Gastronomie sollten hier eng eingebunden und ihre Expertise genutzt werden.

Die WTF stellt die Verknüpfung zu kulturellen Einrichtungen und Events her und präsentiert den auswärtigen Käufern unsere diversen touristischen Angebote.

Einer Aufwertung bedarf die sog. Rambla. Die Wasserbecken sind unansehnlich. Eine Spiellandschaft (Sandkisten, Spielgeräte, Schach, Boule) und Verkaufsstände wollen wir in die Diskussion bringen.

Das Potential an Käufern unter Touristen muss durch entsprechende Werbemaßnahmen gehoben werden.

Die **Wochenmärkte** leiden mehr oder weniger an (schleichender)

Auszehrung. Neben dem Verkauf von Waren bieten sie keine Attraktionen. Dies könnte durch die private Organisation der Märkte, z.B. die „**Marktgilde**“ erreicht werden. Ein weiterer Markt auf der Rambla oder auf dem Valoisplatz könnte zur Belebung der Marktstraße beitragen. Eine Verlegung des Rathausmarktes kommt für uns jedoch nicht in Frage.

Sengwarden/Fedderwarden

Unsere „Dörfer“ sollen sich weiter entwickeln Der **Ortsrat** muss hier verstärkt Impulse geben, die im STEP-Plus Projekt erarbeiteten Vorschläge sind systematisch umzusetzen, auch im Tourismuskonzept steckt Potential für Sengwarden und Fedderwarden.

Entsprechend sind die Radwege – auch natürlich für die Einheimischen – auszubauen und ständig zu unterhalten.

Wichtig ist der Erhalt der Grundschule, die Stärkung der dörflichen Gemeinschaft durch Feuerwehr und Treffpunkte wie die neuen Dorfgemeinschaftshäuser, die nunmehr auf vielfältige Art und Weise mit Leben zu füllen sind.

Unsere Landwirte müssen mehr Anerkennung bekommen. Flächen dürfen ihnen nur in völligem Einvernehmen genommen werden.

Die jetzt geschaffene Anbindung durch den ÖPNV muss ihre Leistungsfähigkeit beweisen, weitere Verbesserungen sind u.U. nötig.

Index

30-km-Zone 17
 Ampelschaltungen 17
 Ampelsteuerung 17
Analphabeten 12
 Anrufsammeltaxi 18
 Artenschutz 19
 Ausschreibung 6
 Ausschüsse 4, 5, 7, 14
 Außerschulischen Lernort 11
 Banter See 9, 21
 Bauland 5
 Bebauungspläne 19
 Begrünung 6
 Behinderten- 5
 Besucherguide 15
 Betriebe 6, 15, 17
 Bildung 12
 Bildungslandschaft 16
 Bildungsregion 10
 Biodiversität 19
 Biosphärenverwaltung 9
 Bolzplätze 14
 Botanische Garten 15
 Bundeswehrradwegeplan 18

Burg Kniphausen 16
Bürger 3, 4, 11, 16, 18, 22
 Bürgerbeteiligung 4, 16
 Bushaltestellen 18
 Campingplätzen 8
 Citymanager 7
Dauerausstellung 15
 demographische Wandel 2
 Digitalisierung 4, 10
 Dorfgemeinschaftshäuser 24
 Drogen- und Alkoholmissbrauch 22
 Einzelhandelszentren 7, 23
 Elektromobilität 17
 Elterntaxi 11
 EntdeckerCard Northwest 9
 Entsiegelung 5
 Entsiegelungsprogramm 20
 Entsorgungszentrum 4
 Eventkultur 7
 Fahrgastinformation 18
Fahrradstation 18
 Fedderwarden 24
Firma Nordfrost 16
 Flächennutzungsplan 2

Freibad Nord 22
 Friedenstraße 17
 Friesland 3
 Frühe Hilfen 13
 Gesellschaften 6
 Gewächshäuser 15
 GGS 2
 Golf 8
 Grundschule 10, 24
 Grundsicherung 12
 Grünplan 20
 Häfen 2
 Hartz IV 12
 Helgoland 8
 Hundesteuer 3
 HyExpert 19
 Innenstadt 2, 7, 17, 23
 Innere Sicherheit 13
 Institute, wissenschaftliche 20
 Integrationshelfer 13
 Iserve 10
 JadeBay 6, 21
 Jade-Hochschule 10
 Jade-Weser-Port 8
Jedes Kind hat einen Schulabschluss 11, 12
 Jugendberufsagentur 12
 Jugendliche 11, 12, 22
 Jugendparlament 5, 14
 Jugendzentren 14
 Kinder 15, 22
 Kindergärten 11, 13
 Kindertagesstätte 13
 Kitesurfen 20
Klima 19
 Klimanotstand 19
 Klimaschutzprogramm 19
 Klinikum 22
 Kultur 10, 14
 Kulturbüro 14
 Kultureinrichtungen 8, 10, 14
Kulturentwicklungsprogramm 14
 Kulturstiftung 14
 Kunsthalle 14
 Küstenmuseum 14
 Ladesäulen 17
 Landesbühne 15
 Landesgartenschau 20
 Landwirte 24
 Landwirtschaft 20
 Leerstandsmanager 7

Leihstationen 18
 Leitsystem 8
 Lernort 10
 Lesepaten 11
 Magazin 15
 Mahdregime 20
 Marine 8
Marinemuseum 15
 Märkte 23
 Marktgilde 23
 Marktstraße 23
 Mehrgenerationenhäuser 22
 MINT 10
 Museumsschiffe 14
 Nahverkehrsleistungen 18
 Nahverkehrsplan 18
 Nationalparkverwaltung 9
 Natur 10
 Naturdenkmale 21
 Naturlehrpfade 21
 Nautimo 22
 ÖPNV 8, 17, 23, 24
 Ortsrat 5, 24
 Parkmöglichkeiten 16, 23
 Parkplätze 17
 Parkwegweiser 23
 Photovoltaik 6, 19
 Präventionsrat 13
 Psychologen 11
 QR-Codes 9, 21
 Radschnellweg 18
 Radverkehr 18
 Radverkehrsplan 18
 Rambla 23
 Rat 3, 4, 6, 7, 14
 Rathausmarkt 24
Schulabsentismus 12
 Schulärzte 13
Schülerräte 14
 Schulexpress 11
 Schulgärten 11
 Schulgebäude 10
 Schulhöfe 10, 14
 Schulpsychologen 13
 Schulsport 14
 Schulsportanlagen 10
 Schutzstreifen 18
 Schwimmen 14, 22
 Schwimmzeugnis 10
 Seeschwalbenkolonie 20

- Sengwarden 24
- Seniorenbeirat 5
- Smart City 4
- Solarthermie 6
- Sozialarbeiter 11
- Sozialausgaben 12
- Sozialbereich 12
- Sozialpsychiatrische Dienst 13
- Sparkasse 15
- Spielplätze 14
- Sport 8, 21
- Sportanlagen 14, 22
- Sportanlagen 11
- Sportarten 22
- Spracherwerb 11
- Sprachkenntnisse 11
- Sprachprobleme 13
- Stadtarchiv 16
- Stadtbibliothek 15
- Stadthalle 16
- Städtische Gebäude 6, 19
- Stadtparkerneuerung 20
- Stadtrundgänge 9
- Stadttheater 15
- Stadtwerke 2, 8, 22
- Starkregenereignisse 20
- STEP-Plus Projekt 24
- Straßenbeleuchtung 19
- Straßenunterhaltung 17
- Sucht 13
- Suchtberatung 13
- Suchterkrankungen 12
- Südstrand 17
- Südzentrale** 16
- TBW 2
- Theateraufführungen 8
- Tiefwasserhafen 1
- Tourismus 6, 7, 9, 21
- Tourismusorganisation 7
- Touristen 4, 8, 9, 14, 20, 23
- Transferagentur 10
- Trilateralen Wattenmeersekretariat 9
- Trimm-Dich-Pfade 21
- Tropenhaus 15
- Tschu-Tschu-Bahn 8
- Umland** 20, 21
- Umwelt** 20
- Umweltbildung 21
- Umweltstiftung 20
- Umweltverbände 20
- UNESCO-Weltnaturerbe 9
- Vereinssport 21
- Verkaufsplattformen 23
- Verkehr 9
- Verkehrsmix 17
- Verkehrsschilder 17
- Verschuldung 2
- Versiegelungen 5, 20
- Verwaltung 3, 4, 5, 6, 7, 10
- Verwaltungsausschuss 4
- Waffenverbotszonen** 13
- Wassersportvereine 8
- Wasserstoffstrategie 19
- Wattenmeer 9, 20
- Wattenmeerhaus** 15, 20
- Weltnaturerbe 7, 20
- Wilhelmshavener Heimatlexikon 16
- Wirtschaftsförderung 6, 12, 21, 23
- W-LAN 18, 23
- Wochenmärkte 23
- Wohnmobiltourismus 8
- WTF 7, 14, 23
- Zentralklinikums** 22
- Zentren 23
- Zuschuss des Landes** 15